

Die Qual nach der Wahl

Herausforderungen für Schwedens Demokratie

Henning Melber

Nach den Wahlen im September 2018 schien die langjährige „Blockpolitik“ in Schweden zu Ende zu sein. Aber die Schwierigkeiten einer Regierungsbildung zeigten, dass dies so einfach nicht ist. Die rechtspopulistischen „Schwedendemokraten“ wurden drittstärkste Kraft und Spielverderber. Zwar lehnten alle anderen Parteien ursprünglich die Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten ab, jedoch hatten diese erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen. Die neue Minderheitsregierung mit dem „alten“ Regierungschef ist geschwächt.

Am 9. September 2018 füllten über 87 Prozent der Wahlberechtigten in Schweden die Stimmzettel für die Parlaments- und Kommunalwahlen aus. Bereits Stunden später dämmerte dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und Regierungschef Stefan Löfven – als „Staatsminister“ das Pendant zur Kanzlerin – eine Trendwende. Kurz nach Mitternacht diagnostizierte er das Ende der „Blockpolitik“. Seit der Jahrhundertwende buhlte ein Mitte-Links-Bündnis zwischen Sozialdemokraten und der Umweltpartei unterstützt von der Linkspartei mit einer bürgerlich-konservativen Vier-Parteien-Allianz um die Gunst der Wählerschaft. 2006 lösten die Allianzparteien die sozialdemokratisch bestimmte Regierungspolitik ab. 2014 eroberte die rot-grüne Koalition die Regierung zurück.

Seit 2010 mauserten sich unter dem Parteivorsitz von Jimmie Åkesson die Sverigedemokraterna (SD) vom braunen Schmuttelkind zu einer Anti-Immigrationspartei, die trotz offener Nazi-Sympathisanten in ihren Reihen für einen erheblichen Teil der Schweden wählbar wurde. In der Wahlnacht hieß es oft, es hätte schlimmer kommen können. Man versuchte, der Not noch eine Tugend abzugewinnen. Denn Prognosen schlossen nicht aus, dass die SD zweitstärkste Partei werden könnte. Dies zumindest blieb der schwedischen Demokratie (vorerst) erspart. Am 13. September wurde das amtliche Wahlergebnis für das Parlament, den *Riksdag*, veröffentlicht.

Für die Grünen (MP) war es eine Zitterpartei – ausgerechnet im ökologisch so bewussten Schweden verloren sie die letzten Mandate im

Partei	Prozent	Mandate
Sozialdemokraten (Socialdemokraterna, S)	28,3 (-2,7)	100
Neue Moderate (Nya Moderaterna, M)	19,8 (-3,5)	70
Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, SD)	17,5 (+4,7)	62
Zentrumspartei (Centerpartiet, C)	8,6 (+2,5)	31
Linkspartei (Vänsterpartiet, V)	8,0 (+2,3)	28
Christdemokraten (Kristdemokraterna, KD)	6,3 (+1,8)	22
Liberale (Liberalerna, L)	5,5 (+0,1)	20
Grüne (Miljöpartiet, MP)	4,4 (-2,5)	16

ländlichen Norden und konnten nur dank der städtischen Zentren die vier Prozent Hürde zum Einzug ins Parlament überwinden. Auf den ersten Blick schien die Arithmetik nahezu legen, dass es ohne tiefgreifende Änderungen weitergehen könnte: Die Sozialdemokraten als stärkste Partei büßten weniger ein als die Moderaten. Zusammen mit den Grünen und der Linkspartei (V) hatten sie mit 144 Mandaten vier mehr als die Allianzparteien (M, C, KD und L). Da im Wahlkampf alle Parteien eine Kooperation mit den SD ablehnten, hätte es also eine Fortsetzung der rot-grünen Regierung mit aktiver Unterstützung der Linkspartei – ohne deren Regierungsbeteiligung – geben müssen.

Rechtspopulisten als neue Mitspieler

Doch das war eine Rechnung ohne die Schwedendemokraten. Deren 62 Mandate wurden nicht zuletzt aufgrund des schwedischen Reglements zur Regierungsbildung das Zünglein an der Waage: Um in Schweden durch das Parlament zum Staatsminister gewählt zu werden, bedarf es keiner Mehrheit. Dem Prinzip des „negativen Parlamentarismus“ folgend reicht es, dass keine absolute Mehrheit gegen den Kandidaten votiert. Enthaltungen sind damit eine Unterstützung. Dies eröffnete der bürgerlichen Allianz die Perspektive, dass der Parteivorsitzende der Moderaten, Ulf Kristersson, schon bei Enthaltung der SD mit den Stimmen der Allianzparteien zum Staatsminister hätte gewählt werden können.

Diese Konstellation schien nicht abwegig: Auf kommunaler Ebene lösten zahlreiche neue Koalitionen der Moderaterna mit der SD die rot-grünen Bündnisse ab; als ob es die Ablehnung einer Zusammenarbeit im

Wahlkampf nie gegeben hätte. Doch Kristersson, der sich bereits Hoffnungen auf die Nachfolge Löfvens machte, hatte die Standhaftigkeit der Parteivorsitzenden der Zentrums- und der Liberalen, Jan Björklund, unterschätzt. Die nahmen dieses Wahlversprechen ernster als alles andere. Sie widerstanden der Versuchung, sich dank der Tolerierung durch die SD in eine neue Allianzregierung wählen zu lassen, da diese durch die SD erpressbar würde und die Absage an eine Zusammenarbeit mit Rassisten obsolet gemacht hätte.¹

So wurde zwar Staatsminister Löfven in einem ersten Schritt mit den Stimmen der Allianzparteien und der SD das Misstrauen ausgesprochen. Die amtierende rot-grüne Regierung durfte nur kommissarisch die Amtsgeschäfte weiterführen. Sie musste sogar hinnehmen, dass die Allianzparteien den neuen Übergangshaushalt strickten und zusammen mit der SD verabschiedeten. Doch stimmten mit Christdemokraten und Liberalen zwei der vier Allianzparteien bei der Kandidatur von Kristersson gegen diesen. Sie verhinderten so, dass er dank der SD zum neuen Staatsminister gekürt würde. Damit war die Pattsituation komplett. Ein monatelanger Kuhhandel war die Folge. Auch Löfven gelang es im nächsten Anlauf nicht, eine relative Mehrheit zu sichern.

Auflösung der Blöcke

Im Zuge der tendenziellen Blockauflösung verschoben sich die Grenzen. So signalisierten Christdemokraten und Liberale ihre Bereitschaft, durch Stimmenthaltungen die Wahl Löfvens zu akzeptieren. Das war in den tief gespaltenen Parteien heftig umstritten. Für viele Abgeordnete und Parteisympathisanten galt die Tolerierung einer rot-grünen Regierung – und damit die Aufhebung des Pakts der Allianzparteien – als Wahlbetrug. Doch die Parteiabstimmungen segneten die Empfehlung ihrer Vorsitzenden mit jeweils knapper Mehrheit ab.

Das Zweckbündnis hatte seinen Preis, der in einem ausgehandelten 73-Punkte Papier fixiert wurde. Dazu gehörten eine Liberalisierung der Mietpreisbindung und Steuersenkungen für die höheren Einkommen,

¹ Für Björklund, der Adoptivkinder aus Südostasien hat, war die Ablehnung jeglichen rassistischen Ressentiments auch eine persönliche Herzensangelegenheit. Löfven hatte noch in einer Fernsehunde vor den Wahlen auf eine Äußerung von Åkesson gänzlich unschwedisch reagiert, indem sie vor Ärger auf den Tisch schlug. Das schwedische Fernsehen lud Åkesson von der Teilnahme an der Schlussrunde mit der Begründung aus, als öffentlich-rechtliche Sendeanstalt habe sie ein Mandat zu schützen, das ihr untersagt ein Forum für diskriminierende Meinungen zu bieten.

einschließlich der Abschaffung der Reichensteuer sowie Senkung von Unternehmenssteuern und Arbeitgeberabgaben. Die Förderung von Privatschulen und eine Deregulierung des Arbeitsmarktes waren weitere Vereinbarungen, die der neuen Regierungspolitik deutlich neoliberale Züge aufzwangen. Dies trug wiederum zur Empörung in den Reihen der rot-grünen Allianz bei, deren Parteimitglieder ihrerseits einen Betrug am Wahlvolk reklamierten oder orakelten, dass ein solcher Ausverkauf mit den Prinzipien der Sozialdemokratie breche und dieser mittelfristig den Garaus mache. Demgegenüber trugen die Grünen ihre Differenzen weniger öffentlich aus und traten kaum in Erscheinung.²

Schlimmer als die fragwürdigen sozialpolitischen Programmpunkte war jedoch eine skandalöse Ausgrenzungsklausel: Christdemokraten und Liberale beharrten darauf, dass ein von ihnen toleriertes Regierungsbündnis die Linkspartei als genauso „extrem“ wie die SD einstuft und jegliche Kooperation ausschließt. Das zwischen den vier Parteien vereinbarte und der Öffentlichkeit zugespielte interne Papier stellte kategorisch fest, dass die rot-grüne Koalition in spe keinerlei Gespräche mit der Linkspartei führt. Immerhin war diese der bislang unersetzliche Dritte im Bunde, damit die rot-grüne Regierung die letzte Legislaturperiode gestalten konnte. Deren Parteivorsitzender Jonas Sjöstedt erklärte deshalb, dass die Linke keine Fußmatte für ein neoliberales Projekt sei. Tags darauf kam es zur parteiinternen Abstimmung. Konfrontiert mit der Wahl zwischen einer von Christdemokraten und Liberalen tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung oder einer von den SD geduldeten Allianzregierung entschied sich mit knapper Mehrheit auch die Linkspartei, Schlimmeres zu verhüten und stimmte der neuen Regierung zu.

Gratwanderung der neuen Regierung

Am 18. Januar 2019, 131 Tage nach der Parlamentswahl, wurde Stefan Löfven von den 349 Mitgliedern im Parlament mit 115 Ja-Stimmen bei 77 Enthaltungen und 153 Nein-Stimmen zum neuen Staatsminister gewählt. Seine Koalitionsregierung verfügt nur über knapp weniger als ein Drittel der Stimmen im Parlament und muss für jedes Gesetz hausieren gehen. So sehen viele der neuen Legislaturperiode mit Skepsis entgegen. Viele erwarten ein vorzeitiges Ende dieser Regierung.

² Aus Protest gegen die Vereinbarungen trat ein langjähriger Abgeordneter der Grünen aus der Partei aus.

Die Regierung wird eine Gratwanderung machen: Sollte sie die Kernforderungen der beiden bürgerlichen Parteien nicht erfüllen, droht ihr ein Ende durch ein Misstrauensvotum mit deren Stimmen. Die Linkspartei erklärte ihrerseits, dass ihre Tolerierung Grenzen habe: Sollten diese durch den neoliberalen Ausverkauf überschritten werden, würde sie einen Misstrauensantrag stellen. In beiden Fällen kämen die Schwedendemokraten zum Zuge. Schon in der ersten parlamentarischen Aussprache nach der Regierungsbildung wurde die absurde Konstellation deutlich: Jimmie Åkesson von der SD warf Jonas Sjöstedt von der Linkspartei vor, dieser würde eine arbeiterfeindliche Politik in Kauf nehmen, der sich die SD widersetze. Sjöstedt entgegnete polemisch, falls die SD Steuererhöhungen für die Reichen vorschläge, würden diese auch von der Linkspartei unterstützt.

Das sozialdemokratische Boulevardblatt *Aftonbladet* vermerkte nach der Wahl Löfvens in einem Leitartikel mit Genugtuung, dass es dem Flirt der Moderaten und der Christdemokraten mit den SD zu verdanken war, dass die bürgerlich-konservative Allianz gesprengt werden konnte. Doch der Kampf mit den Rechtspopulisten habe erst begonnen. Die neue Regierung sei zwar alles andere als zufriedenstellend, aber die Alternative einer rechtslastigen Regierung wäre verabscheuungswürdig. „Morgen“, so der Kommentator, „wacht das schwedische Volk auf der richtigen Seite der Geschichte auf“.³

Dass während der parlamentarischen Hängepartie der schwedische Alltag ungestört weiter lief, zeigte, dass eine stabile Demokratie auch im Härtesten bestehen kann. Die SD maulte, mit Demokratie habe die Schacherei um eine Regierungsbildung unter Isolierung der drittgrößten Partei nichts zu tun. Viele Schweden fanden, dass zur Demokratie ein Mitspracherecht der SD gehöre. Aber ebenso viele waren der Überzeugung, dass die schwedische Demokratie sich gerade darin bewährt habe, dass dies nicht der Fall war. 🌐

3 Anders Lindberg, SD misslyckades med att få makt, *Aftonbladet*, 18. Januar 2019.



Prof. Dr. Henning Melber

geb. 1950, Direktor emer. der Dag-Hammarskjöld-Stiftung in Uppsala und Extraordinary Professor an den Universitäten in Pretoria und des Free State in Bloemfontein

Henning.Melber@nai.uu.se

Friedlicher Machtwechsel statt Bürgerkrieg

Die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo

Urs Unkauf

Ende 2018 wurde in der Demokratischen Republik Kongo gewählt. Es ging in dem flächenmäßig zweitgrößten und gemessen an der Bevölkerungszahl viertgrößten Staat Afrikas um den Präsidenten, das Parlament und um kommunale Vertretungen. Der Autor hat als Beobachter an diesen Wahlen teilgenommen und plädiert dafür, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme während der Wahlen die Ergebnisse, die einen friedlichen Machtwechsel darstellen, international anzuerkennen.

Es war ein besonders starker und lang anhaltender Tropenregen, der während der ersten Hälfte des Wahltages am 30. Dezember 2018 ganze Stadtviertel in Kinshasa zeitweise überflutete. An diesem Tag fanden in der Demokratischen Republik Kongo die seit 2016 erwarteten und mehrmals verschobenen Wahlen statt. Zuletzt wurden sie aufgrund eines Brandes in der Nationalen Wahlkommission, bei dem viele für den Wahltag vorgesehene Wahlmaschinen zerstört wurden, vom 23. auf den 30. Dezember verschoben. Internationale Aufmerksamkeit erfuhr insbesondere die Wahl des Nachfolgers von Präsident Joseph Kabila, der das rohstoffreiche, aber von Bürgerkriegen, Epidemien und vom Zerfall staatlicher Ordnung zerrüttete Land seit 2001 regiert. Auch das nationale Parlament und die kommunalen Vertretungen wurden im selben Urnengang neu gewählt. Die Situation im Kongo ist den deutschsprachigen Medien meist nur eine Randnotiz wert. Ausführlicher, aber nicht unbedingt ausgewogener wurde in frankophonen Medien über die Wahlen berichtet. Es scheint obsolet, muss aber trotzdem verdeutlicht werden: Das Land mit der aktuell größten UN-Friedensmission in puncto Meinungsfreiheit und Habitualisierung von demokratischen Prozessen an der strikten Einhaltung europäischer Standards zu messen, würde unrealistische Erwartungen wecken und den Blick für eine differenzierte Analyse der dortigen Entwicklungen systematisch verzerren.

Trotz des immensen Ressourcenreichtums gehört die Bevölkerung des Landes zu einer der ärmsten der Welt. Über 70 Prozent der Einwohner leben von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Die Gründe für